

vorwärtsHESSEN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES UND DER SPD-FRAKTION HESSEN

FEBRUAR 2020

SOLIDARITÄT UND SELBST- BEWUSSTSEIN



Von Nancy Faeser,
SPD-Landesvorsitzende und
Vorsitzende der SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag

Liebe Genossinnen und Genossen,

die zurückliegenden Tage und Wochen haben gezeigt, die zurückliegenden Tage und Wochen haben gezeigt, welches Zerstörungspotenzial am rechten Rand des Parteienspektrums lauert: In unserem Nachbarland Thüringen haben Parteien der vermeintlich bürgerlichen Mitte gemeinsame Sache mit der AfD gemacht und einen an sich chancenlosen Kandidaten zum Ministerpräsidenten gewählt. Das folgende politische Beben hat Auswirkungen bis in die Bundespolitik gehabt und insbesondere die CDU in eine existenzielle Krise gestürzt.

75 Jahre nach der Befreiung Deutschlands von der Barbarei des Naziregimes müssen wir feststellen: In Teilen unserer Gesellschaft ist demokratiefeindliches, völkisch-nationalistisches Gedankengut wieder salonfähig. Und die Vertreter der Rechten in unseren Parlamenten haben keine Scheu mehr, ihr zerstörerisches Potenzial zu nutzen, um die Institutionen der Demokratie verächtlich zu machen und zu beschädigen.

Die AfD rechtfertigt ihr Tun damit, dass sie durch demokratische Wahlen legitimiert sei. Aber lasst uns nie vergessen: Nicht jede Partei, die demokratisch gewählt wurde, ist eine demokratisch gesinnte Partei. Das hat die deutsche Geschichte schmerzlich bewiesen. Im Gefolge der Ereignisse von Erfurt müssen nun CDU und FDP ihr Verhältnis zum rechten Rand des politischen Spektrums klären – schnell und unmissverständlich. Allerdings sollten die Schwierigkeiten der Anderen für uns kein Anlass zur Schadenfreude sein, sondern Ansporn zu konsequenter Sacharbeit im Sinne der Menschen. Unser Ziel ist es, das Leben der Vielen besser zu machen. Dazu brauchen wir außer Geschlossenheit und Solidarität vor allem Selbstbewusstsein – ungeachtet aller Umfrageergebnisse.

Die SPD ist und bleibt die Partei der weltoffenen Menschen, die in Sicherheit und Freiheit leben wollen. Das bedeutet auch, frei darüber entscheiden zu können, wo man lebt – ohne dass damit persönliche Einschränkungen verbunden sind. Das geht nur, wenn die Lebensverhältnisse im ganzen Land gleichwertig sind. Alle Einrichtungen der Daseinsvorsorge müssen überall in erreichbarer Nähe sein.

Ein Beitrag dazu ist die von uns geforderte Landarztquote: Wir haben in diesen Tagen einen Gesetzentwurf in den Hessischen Landtag eingebracht, mit dem wir zehn Prozent der Medizinstudienplätze für solche Bewerberinnen und Bewerber reservieren wollen, die sich fest verpflichten, nach dem Studium als Hausärzte auf dem Land zu arbeiten. Denn im ländlichen Raum schlägt der Ärztemangel schon heute ungebremst durch. Wenn die medizinische Versorgung in der Fläche weiter ausgedünnt wird, verstärkt das bei den Menschen, die dort leben, das Gefühl, abgehängt zu sein. Das zu verhindern und mit aller Kraft für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu kämpfen, ist ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zu unserem größeren Ziel: Die Gesellschaft zusammenzuhalten und den politischen Extremen den Nährboden zu entziehen. Lasst uns daran gemeinsam arbeiten – selbstbewusst, solidarisch, sozialdemokratisch.

Herzlichst – Nancy Faeser

**DIE DIESJÄHRIGE
ORTSVEREINS-
UND FRAKTIONS-
VORSITZENDEN-
KONFERENZ, AUF
DER DIE KOMMUNALPOLITISCHEN
LEITLINIEN VOR-
GESTELLT WERDEN,
WIRD AUF DEN
6. JUNI 2020
VERLEGT. DIE
KONFERENZ FINDET
IM BÜRGERHAUS
GIESSEN-WIESECK
STATT.**

GLEICHWERTIGE LEBENS- VERHÄLTNISSE SICHERSTELLEN

HESSENGIPFEL BILLIGT GRUNDZÜGE FÜR DAS PROGRAMM ZUR KOMMUNALWAHL 2021

Politik braucht Anstand“, warb der Fraktionsvorsitzende der Bundes-SPD für ein selbstbewussteres Auftreten der SPD. Als Gast auf dem Hessengipfel 2020, der Klausurtagung der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der hessischen SPD im Europaparlament und im Bundestag, der sozialdemokratischen Landrätinnen und Landräte und der Oberbürgermeister aus dem Land sowie der Mitglieder der Parteiführung, sprach er über die Rolle der Bundes-SPD bei der hessischen Kommunalwahl 2021. Er empfahl, bescheiden zu sein und dennoch deutlich zu machen, dass sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Beantwortung von Zukunftsfragen zutrauen. „Wir können nicht die ganze Welt retten und erst recht nicht an einem Tag, aber wir können die Aufgaben angehen,

die heute und morgen auf uns warten. Und diese Herausforderung wollen wir annehmen – im Bund, in den Ländern und in den Kommunen“, erklärte Mützenich. Er begrüßte die Pläne von Bundesfinanzminister Olaf Scholz, die Kommunen mit Mitteln des Bundes zu entschulden. Mit Blick auf die Kommunalwahl im kommenden Jahr debattierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der traditionellen Jahresauftaktklausur die Grundzüge der kommunalpolitischen Leitlinien der hessischen SPD. „Es sind unsere Kommunen, die das Zusammenleben der Menschen in Hessen organisieren und gestalten. Deswegen müssen den Städten, Gemeinden und Landkreisen die erforderlichen Gestaltungsmöglichkeiten zurückgegeben werden“, sagte die Landes- und Fraktionsvorsitzende Nancy Faeser.

Fortsetzung auf Seite 2



Am ersten Abend des Hessengipfels diskutierten die Teilnehmenden mit Gast Rolf Mützenich, dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, die aktuelle Situation in Thüringen, während am zweiten Tag die Vorbereitungen der Kommunalwahl 2021 im Mittelpunkt standen.

FOTO: PETER JÜLICH

ECKPUNKTE FÜR DIE KOMMUNAL- POLITISCHEN LEITLINIEN BESCHLOSSEN

Am Rande des Hessengipfels wurden die Eckpunkte für die kommunalpolitischen Leitlinien als Arbeitsgrundlage beschlossen. „Unsere Kommunen sind Wohnort, Arbeitsplatz, Lebensmittelpunkt und Heimat zugleich“, heißt es darin. Deshalb sollen sie endlich finanziell entlastet werden. Außerdem will die hessische SPD bei der Kommunalwahl 2021 für echte Gebührenfreiheit in Kitas und Krippen werben – dafür soll das Land entsprechende Zuschüsse für die Betriebskosten zahlen. Auch mit deren Kernthemen Bildung und Wohnungspolitik wird ein großer Stellenwert in den Eckpunkten eingeräumt. Vor allem der Mangel an bezahlbarem Wohnraum sei eine der zentralen sozialen Fragen, mit der die Kommunen nicht alleingelassen werden dürften. Im Mittelpunkt der Eckpunkte steht außerdem das Thema Mobilität in der Stadt und auf dem Land sowie die Abschaffung der Zwangsbeiträge für den Straßenausbau. Weitere Themen wie medizinische Versorgung, Digitalisierung und Umweltschutz werden Bestandteil der kommunalpolitischen Leitlinien sein, die am 30. April von dem Landesparteirat beschlossen werden sollen. ■

GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE SICHERSTELLEN

HESSENGIPFEL BILLIGT GRUNDZÜGE FÜR DAS PROGRAMM ZUR KOMMUNALWAHL 2021

Fortsetzung von Seite 1

Diese Gestaltungsmöglichkeiten seien in den vergangenen 20 Jahren von den CDU-geführten Landesregierungen rechtlich wie finanziell systematisch eingeschränkt worden – zulasten der kommunalen Selbstverantwortung und letztlich zulasten der Menschen in Hessen. „Die SPD ist die Partei der starken, gestaltungsfähigen und finanziell solide ausgestatteten Kommunen, das wollen und das werden wir bis zur Kommunalwahl im nächsten Jahr deutlich machen. Denn das Ziel, in allen Teilen des Landes gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen, lässt sich ohne handlungsfähige Kommunen nicht erreichen“, erklärte Faeser. Das endgültige Programm für die Kommunalwahl 2021 wird die SPD Hessen bei einem Parteitag im November beschließen.

Einigkeit bestand in der Forderung nach mehr Investitionen der öffentlichen Hand in die Infrastruktur. „In den Ballungsräumen können Busse und Bahnen das Fahrgastaufkommen kaum noch bewältigen, während es auf dem Land Gegenden gibt, in denen es überhaupt kein öffentliches Transportmittel mehr gibt. Beide Probleme lassen sich nur mit massiven Investitionen in die Infrastruktur lindern“, so Nancy Faeser. Die Partei- und Fraktionsvorsitzende kritisierte auch die schlechte Versorgung mit zuverlässigen Mobilfunknetzen und Breitbandanschlüssen für das stationäre Internet in Hessen. „Wir leben im Jahr 2020 – und noch immer gibt es im Land Gegenden, in denen es keinen Handyempfang gibt. Und das betrifft nicht nur den ländlichen Raum: Selbst zwischen Frankfurt und Wiesbaden brechen Telefongespräche regelmäßig ab, weil das Mobilfunknetz mehr Löcher als ein Schweizer Käse hat. Eine lückenlose Mobilfunkabdeckung und ein schnelles Internet auch in den Kleinstädten und Dörfern sind essenzielle Voraussetzungen für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“, sagte die Partei- und Fraktionsvorsitzende.

Diskussionsgegenstand waren außerdem die andauernden Probleme auf dem Wohnungsmarkt. Während in den Städten bezahlbarer Wohnraum fehle, mänge-

le es auf dem Land an barrierefreien, seniorengerechten Wohnungen. „Auch beim Thema Wohnen sind starke Kommunen gefragt, die dort, wo der Markt die Dinge nicht mehr regeln kann, steuernd und lenkend eingreifen können“, sagte Nancy Faeser. Ein besonderes Augenmerk will die hessische SPD auf den Ärztemangel im

ländlichen Raum legen. „Die medizinische Versorgung muss in der Fläche gesichert werden“, forderte Faeser, „sonst vergrößert sich die Kluft zwischen Stadt und Land noch weiter.“ Die SPD-Landtagsfraktion werde zeitnah einen Gesetzentwurf für eine Landarztquote vorlegen, kündigte die Partei- und Fraktionschefin an. ■



Die hessische SPD bleibe bei der Forderung, die Straßenausbaubeiträge vollständig abzuschaffen und dabei Kommunen und Einwohner zu entlasten, erklärte Günter Rudolph.



„Die Kommunalwahl ist für uns eine ganz wichtige Wahl: Wir haben die Chance, verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen und zu zeigen, dass wir vor Ort etwas bewegen können“, betonte Nancy Faeser.



Rolf Mützenich forderte die Partei auf dem Hessengipfel auf, sich selbst wieder mehr zuzutrauen und Lösungsvorschläge für Zukunftsfragen selbstbewusst zu unterbreiten.



„WERTE MÜSSEN TEIL DER POLITISCHEN SUCHE NACH KONSENS SEIN“

DREI FRAGEN AN FRANK-TILO BECHER,
UNTERBEZIRKSVORSITZENDER VON GIESSEN UND LANDTAGSABGEORDNETER

vorwärts Hessen:

Frank-Tilo, du bist erst seit dieser Legislaturperiode Landtagsabgeordneter und seit kurzem Unterbezirksvorsitzender von Gießen. Was ist dir bei der Ausübung beider Ämter besonders wichtig?

Frank-Tilo Becher: Beides sind Wahlämter und damit hat für mich so etwas, wie eine Beziehung mit Vertrauensvorschuss begonnen. Die will ich gestalten und pflegen. Dazu braucht es Angebote zum offenen und ehrlichen Austausch, in der Partei und im Wahlkreis. Für den demokratischen Diskurs passende, auch neue Formen zu finden, ist mir aktuell besonders wichtig. Dabei halte ich gutes Zuhören in beiden Ämtern für eine Schlüsselaufgabe.

vorwärts Hessen:

Bevor du in den Landtag eingezogen bist, warst du Dekan des Dekanats Gießen. Fehlt dir diese Tätigkeit?

Frank-Tilo Becher: Ich habe meinen Beruf als Gemeindepfarrer und später in kirchenleitender Funktion leidenschaftlich gerne ausgeübt. Aber jetzt überwiegt, wie



FOTO: MIKAOB SAARBOURG

sehr mich meine neue Aufgabe begeistert. Und es freut mich zu erleben, wie wertvoll meine beruflichen Erfahrungen dafür sind. Egal ob Stadtteilentwicklung in der Nordstadt oder die Kitas in kirchlicher Trägerschaft, ob diakonische Beratung für Asylsuchende oder die Berufsqualifizierung in der Jugendwerkstatt, für viele Themenfelder der Sozialpolitik, aber auch im Strafvollzug, meiner zweiten Zuständigkeit, bringe ich Praxiseinblicke mit.

vorwärts Hessen:

Glaube und Politik – wie passt das für dich zusammen?

Frank-Tilo Becher: Mit meinem Glauben

verbindet sich eine Haltung, die in meinem Handeln auch sichtbar werden will. Er trägt meine Vorstellung von solidarischer Gerechtigkeit. Für mich lässt sich das deshalb nicht trennen und mich irritiert die Vorstellung, Glaube müsse Privatsache bleiben, als ob das eine Konsequenz der wichtigen Trennung von Kirche und Staat sei. Es ist doch vielmehr die große aktuelle Herausforderung, dass uns der Zusammenhalt in einer zunehmend pluralen Gesellschaft gelingt. Dafür müssen die Werte, oder anders gesagt, das was jedem und jeder „heilig“ ist, Teil der politischen Suche nach Konsens sein. ■



Severin Schmidt

NEUER FES-BÜROLEITER

Seit Anfang des Jahres hat die FES Hessen einen neuen Büroleiter. Severin Schmidt hat zuvor die Themen Gesundheit, Alterssicherung und Pflege in der Abteilung Wirtschaft- und Sozialpolitik bearbeitet sowie zwei stiftungsweite Projekte der FES geleitet. In der FES gibt es ein Rotationssystem, doch Schmidt hofft, einige Jahre in Wiesbaden bleiben zu können. Einen Plan für die vor ihm liegende Arbeit hat er jedenfalls schon – es sind die großen Themen der Zeit, die auch die FES Hessen weiterhin beschäftigen werden. „Wie kann die Politik die Transformation der Wirtschaft und der Arbeitswelt etwa durch die Digitalisierung begleiten? Wie können gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Bundesland gesichert werden? Kann der Klimawandel gestoppt werden und, wenn ja, wie? All das sind auch unsere Fragen“, sagt Schmidt. Die FES, so sagt er, müsse insgesamt jedoch darauf achten, nicht zum inhaltlichen „Bauchladen“ zu werden. Das Themenspektrum sei breit, aber die Handschrift müsse erkennbar bleiben. Auf die Arbeit mit dem Team im Landesbüro Wiesbaden freut er sich. ■

EHRENAMT SCHÄTZEN UND SCHÜTZEN

HESSISCHE SPD SETZT SICH FÜR EINE STÄRKUNG UND EINEN BESSEREN SCHUTZ EHRENAMTLICH UND KOMMUNALPOLITISCH AKTIVER EIN

Beleidigungen und Bedrohungen scheinen mittlerweile zum Geschäft zu gehören – zumindest für hessische Landrätinnen und Landräte sowie Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Über die Hälfte von ihnen hatte bei einer Onlineumfrage des Hessischen Rundfunks im letzten Jahr angegeben, schon einmal beleidigt worden zu sein. Jeder Zehnte wurde schon einmal bedroht. „Wenn fast jeder zehnte Bedrohte schon psychologische Hilfe in Anspruch genommen hat und sich jeder Dritte nicht ausreichend gegen Angriffe geschützt fühlt, dann können wir diese Information nicht einfach hinnehmen“, erklärte dazu die Landesvorsitzende Nancy Faeser. „Die Kommunalpolitik ist die Wiege der Demokratie. Hier findet der unmittelbare Kontakt zwischen Politik und Bürgern statt.“ Umso wichtiger sei es, Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sowie ehrenamtlich Tätige vor Anfeindungen zu schützen. „Sie sind vor Ort bekannt und damit für die Menschen auch greifbarer als Bundes- oder Landespolitiker. Dieser besonderen Situation muss, mit Blick auf die steigenden Beleidigungen und Bedrohungen, Rechnung getragen werden“, weiß Faeser. Breite Unterstützung erhält

die Fraktions- und Landesvorsitzende von ihrer Fraktion im Hessischen Landtag. Erst im Dezember des vergangenen Jahres hatte der Landtag auf Antrag der SPD-Fraktion über die Bedrohungslage für Kommunalpolitiker und andere eh-



FOTO: PETER JÜLICH

renamtlich Tätige debattiert. Haltung und Anliegen der hessischen SPD sind dabei klar: „Wir müssen deutlich machen, dass gerade die Ehrenamtler – nicht nur in der Politik, sondern auch bei den Rettungsdiensten, in Vereinen und Initiativen – unsere uneingeschränkte Solidarität und Wertschätzung haben“, erklärte Günter Rudolph. Das Ehrenamt halte die Gesellschaft zusammen, so die Überzeugung der SPD. Seither erfährt es deshalb die Unterstützung der ältesten demokratischen Partei Deutschlands. Wie schnell aus Worten Taten werden, hat die kaltblütige Ermordung des ehemaligen Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke erschreckend deutlich gemacht und gleichzeitig hat sie gezeigt, dass die Gefahr von rechts nicht länger unterschätzt werden darf. Dass die SPD das Ehrenamt nicht nur besser schützen, sondern es auch weiter stärken will, lässt sich bereits aus den Eckpunkten für die kommunalpolitischen Leitlinien, die auf dem Hessengipfel vorgelegt wurden, herauslesen. Ziel der SPD ist es demnach, die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement durch weniger Vorschriften, aber auch durch die Stärkung von Arbeitszeitmodellen, die Ehrenamt möglich machen, zu verbessern. ■

WIR
GRATULIEREN

Frank Koch,
dem neuen
Bürgermeister
von Waldkappel.

Timo Greuel,
dem neuen Bür-
germeister von
Langenselbold.

DIREKT-
WAHLEN

1.03.2020

Rainer Müller
will Bürgermeis-
ter von Brensbach
bleiben.

Angela Kasicki
möchte Bürger-
meisterin von
Langen werden.

**Alexander
Immisch**
will der nächste
Bürgermeister von
Schwalbach wer-
den.

08.03.2020

Albert Ungermann
stellt sich zur
Wiederwahl als
Bürgermeister
von Linsengericht.

EINE STARKE GEMEINSCHAFT FÜR HESSEN
IN BERLIN

Zwölf Hessinnen und Hessen sind Mitglied in der SPD-Bundestagsfraktion und bilden eine Gemeinschaft. Damit Hessen von den Entscheidungen in der Berliner Politik profitiert, vereinen sich die SPD-Abgeordneten zu einer Stimme als Landesgruppe. Das Motto für die Arbeit ist klar: Alle zusammen für die Heimat – Hessen vorn!

Jens Zimmermann (MdB für den Wahlkreis Odenwald) ist Sprecher der hessischen Abgeordneten. Er lädt ein zu Sitzungen und koordiniert mit Dagmar Schmidt und Edgar Franke im Vorstand die Arbeit und den Themenkalender. „Wir treffen uns montags in den Sitzungswochen und sprechen die parlamentarische Tagesordnung durch. Oft empfangen wir dazu auch Gäste aus Hessen. Erst kürzlich waren Nancy Faeser und Chris Degen da. Es gibt einen Höhepunkt im Jahr: Der Hessenempfang in der Landesvertretung“, so Zimmermann. „Bei Äpfelwoi und Ahle Wurscht präsentieren wir Gästen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft unser schönes Bundesland und bringen sie miteinander ins Gespräch, um Projekte für Hessen umzusetzen.“ Und die Arbeit der Landesgruppe im Bundes-



FOTO: LANDESGRUPPE

V. l. n. r.: Dr. Jens Zimmermann, Michael Roth, Dr. Edgar Franke, Bettina Müller, Sören Bartol, Ulli Nissen, Martin Rabanus, Christine Lambrecht, Dr. Sascha Raabe, Dagmar Schmidt, Esther Dilcher und Timon Gremmels.

tag erzeugt auch konkrete Ergebnisse: Für Hessen wird das Jahrzehnt der Schiene angekündigt. Milliardeninvestitionen in die Verkehrsinfrastruktur stehen an und 80 Prozent werden aus dem Bundeshaushalt finanziert. Städte erhalten Millionen zur Elektrifizierung der Fahrzeugflotte

und für den Ladeinfrastrukturausbau über das Sofortprogramm Saubere Luft. An drei hessischen Universitäten fördert der Bund den Studiengang „Nachhaltige Mobilität“. An die hessischen Feuerwehren werden in diesen Tagen neue Löschfahrzeuge übergeben. ■

WOHNRAUMMANGEL IST DIE SOZIALE FRAGE
UNSERER ZEIT

HESSISCHE SPD SETZT SICH WEITER FÜR WOHNRAUMZWECKENTFREMDETVORBOT EIN

In den vergangenen Jahren hat sich der Mangel an bezahlbarem Wohnraum weiter verstärkt – vor allem in den Ballungsräumen, aber auch auf dem Land gibt es einen gravierenden Mangel an bezahlbarem und barrierefreiem Wohnraum. Die Wohnungsnot betrifft immer breitere Bevölkerungsschichten und hat sich deshalb zu einer der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit entwickelt. Dass die SPD in der Bundesregierung eine Verschärfung der Mietpreisbremse durchgesetzt hat, ist ein wichtiger Schritt hin zu einer Verbesserung. In Hessen wird jedoch nach wie vor in vielen Städten Wohnraum dem

Mietmarkt entzogen, indem er absichtlich leerstehend gelassen wird. Mit einem Gesetz zum Verbot von Wohnraumzweckentfremdung könnte dieser Praxis endlich ein Riegel vorgeschoben und die Kommunen in die Lage versetzt werden, Leerstände aus Gründen der Immobilienspekulation und Umwandlungen von Mietwohnungen in teure Eigentumswohnungen zu unterbinden, doch die schwarz-grüne Landesregierung sträubt sich hartnäckig. Während im Januar 2020 der rheinland-pfälzische Landtag ein Gesetz beschlossen hat, das den Kommunen die Möglichkeit eröffnet, Zweckentfremdungs-Satzungen zu erlas-

sen, mit deren Hilfe sie die gewerbliche Nutzung von Wohnungen und spekulative Leerstände einschränken können, hat in Hessen die schwarz-grüne Regierungskoalition einen Gesetzentwurf der SPD im vergangenen Jahr nach intensiven Beratungen abgelehnt – unter anderem, weil der hessische Wohnungsbauminister Tarek Al-Wazir (Grüne) keine Notwendigkeit für ein solches Gesetz sieht. Zweckentfremdung sei in hessischen Städten kein nennenswertes Problem, so der Glaubenssatz des Ministers. „Was ein grüner Minister und seine Partei in Hessen für überflüssig halten, ist für die Grünen in Rheinland-Pfalz eine echte Problemlösung“, wundert sich Elke Barth. „Es ist überaus bedauerlich, dass die Regierungsrünen hier in Hessen so beratungsresistent sind. Und auch die FDP scheint in Rheinland-Pfalz flexibler zu sein, denn auf der anderen Rheinseite sehen die Freien Demokraten in einem Gesetz zum Verbot der Wohnraumzweckentfremdung eben keine Überregulierung, sondern lediglich neue Handlungsspielräume für die Kommunen“, sagte Barth. Die hessische SPD wird jedenfalls weiter für ein Wohnraumzweckentfremdungsverbot kämpfen. ■



FOTO: ENVATO ELEMENTS

Wohnraumangel ist in Hessen mittlerweile nicht mehr nur in der Stadt ein Thema.

SCHWARZGRÜN VERGIBT GESTALTUNGSSCHANCEN

LANDTAG DEBATTIERT ÜBER HAUSHALTS-
ENTWURF DER LANDESREGIERUNG

Wir müssen uns heute mit einem Sammelsurium von teuren Einzelwünschen der Koalitionspartner und der Kabinettsmitglieder auseinandersetzen“, erklärte die Fraktionsvorsitzende Nancy Faeser in der Generaldebatte zum Entwurf der Landesregierung für den Haushalt 2020. Zwar habe der Finanzminister in diesem Jahr 1,1 Milliarden Euro mehr zur Verfügung als im Jahr davor, dennoch bediene er sich mit mehr als einer halben Milliarde aus den Rücklagen des Landes. „Und am Ende verdampft das ganze Geld ergebnislos in einem Haushalt, mit dem sich Schwarz-Grün den Zusammenhalt der Regierung erkaufen will – aber gleichzeitig werden dafür große Teile der Zukunft unseres Landes verkauft“, kritisierte Faeser. Von politischen Bemühungen um oder gar Investitionen in gleichwertige Lebensverhältnisse und soziale Sicherheit sei nichts zu sehen. Stattdessen nehme die Landesregierung hin, dass die Spaltung zwischen Arm und Reich, zwischen Stadt und Land fortbestehe und sich noch verschärfe. „Auf dem Land fährt quasi kein Bus und im Ballungsraum ist in den Bussen und Bahnen kein Platz mehr“, sagte Faeser. Wenn die Landesregierung hieran wirklich etwas ändern wolle, müsse sie endlich Geld in die Hand nehmen. Auch für die Schaffung gleichwertiger Le-



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

Nancy Faeser kritisiert fehlenden Gestaltungswillen und mangelnden Beitrag zum Zusammenhalt des Landes.

bensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land sehe Schwarz-Grün keine Mittel vor, obwohl dies ein zentrales Anliegen sein müsste. „Auf dem Land fehlen Ärzte, in den Städten Wohnungen. Deswegen brauchen wir mehr Medizinstudienplätze und mehr öffentlich geförderten Wohnungsbau“, so Nancy Faeser. Wer auf dem Land lebe, dürfe sich nicht abgehängt fühlen. „Neue Hochschulstandorte abseits der großen Städte bieten jungen Menschen Perspektiven vor Ort, weil es wohnortnah nicht nur Studiemöglichkeiten, sondern auch jede Menge

Jobs bedeutet“, sagte Faeser. Ein weiteres zentrales Anliegen der SPD sei nach wie vor die Stärkung der frühkindlichen Bildung. „Deshalb arbeiten wir weiterhin an einer vollständigen Gebührenabschaffung“, erklärte Faeser. Hohe Krippengebühren hielten Kinder aus ärmeren Familien von früher Bildung fern und verschlechterten ihre späteren Bildungschancen. Diesen Missstand zu beheben, sei ein wichtiger Beitrag zu sozialer Sicherheit, zu gesellschaftlicher Gerechtigkeit und zu gleichwertigen Lebensverhältnissen. ■

AUSLÄNDER- BEIRÄTE NICHT ABSCHAFFEN

Eine „faktisch Abschaffung der hessischen Ausländerbeiräte“ habe der Fraktionsgesetzentwurf von CDU und Bündnis 90/Die Grünen zur Änderung der Gemeindeordnung zum Inhalt, kritisierte Günter Rudolph. „Mit der Möglichkeit der Schaffung einer Integrations-Kommission wird den Ausländerbeiräten in Hessen ihre Rolle und Verantwortung genommen“, erklärte der parlamentarische Geschäftsführer im Anschluss an die Anhörung. „Was auf den ersten Blick wie eine marginale Veränderung erscheint, ebnet im Ergebnis den Weg zur Abschaffung der Ausländerbeiräte.“ Die SPD-Fraktion erwarte deshalb, dass die Regierungsfaktionen die im Rahmen der Anhörung geäußerte, deutliche Kritik zum Anlass nehmen, diesen Vorschlag zurückzuziehen. „Es ist insbesondere in der heutigen Zeit ein völlig falsches Signal, die Kompetenzen und Rechte der Ausländerbeiräte zu schwächen und nicht zu stärken“, sagte Rudolph. ■



Günter Rudolph, MdB

FOTO: SPD-FRAKTION - ANGELIKA ASCHENBACH

LOTSE DURCH DIE BÜROKRATIE

SPD LEGT GESETZENTWURF FÜR
BÜRGERBEAUFTRAGTEN VOR

Die hessische SPD-Fraktion hat einen Gesetzentwurf für einen Bürgerbeauftragten des Landes und den Landesbeauftragten für die hessische Polizei in den Landtag eingebracht. Damit soll den Bürgerinnen und Bürgern die Ge-

legenheit gegeben werden, sich an eine unabhängige Instanz zu wenden, falls es irgendwelche Probleme mit hessischen Behörden gibt. „Um behördliche Strukturen besser verstehen zu können, aber auch um transparente Entscheidungsprozesse zu

gewährleisten, sollen sich Bürger an diese unabhängige Instanz wenden können“, erläuterte Günter Rudolph den Gesetzentwurf. „Dadurch, dass diese Stelle direkt beim Landtag angesiedelt und auch von ihm gewählt wird, hat er die notwendige Unabhängigkeit und die Befugnis, gegenüber Behörden tätig zu werden.“ Darüber hinaus solle der Bürgerbeauftragte aber auch gleichzeitig die Stelle des Landesbeauftragten für die hessische Polizei wahrnehmen. Die bisherige Konstruktion, dass man sich bei Problemen innerhalb der Polizei an eine Stelle im Innenministerium wenden konnte, sei nicht von Erfolg gekrönt. Im Gegensatz zu CDU und Grünen, die immer wieder versprochen hätten, eine unabhängige Instanz zu schaffen, sei der Gesetzentwurf der SPD klar strukturiert. Er zeichne sich insbesondere durch eine klare Abgrenzung zum Petitionsausschuss aus. In jährlichen Berichten, so der Gesetzentwurf, soll der Bürgerbeauftragte über seine Arbeit informieren, aber auch darüber hinaus soll er jederzeit den Landtag über besondere Vorkommnisse informieren können. ■



GRAFIK: SPD-LANDTAGSFRAKTION

Ein Bürgerlotse soll durch die Wirren der Bürokratie helfen und Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger sein.

PAKT FÜR DEN WALD

„Wir Hessen und unser Wald sind untrennbar miteinander verbunden. Als waldreichstes Land der Bundesrepublik ist er Teil unserer ureigenen Identität“, heißt es in der Publikation „Zukunft des Waldes in Hessen“. Die Veröffentlichung der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag ist das Resultat einer fraktionsinternen Anhörung zur Situation des Waldes in Hessen, verbunden mit den Themen Klimaschutz, Bestandserhalt und Beschäftigung. Zusätzlich hatte im Vorfeld ein Praxistag „Wald“ der Landtagsfraktion stattgefunden. Der aktuellen Landesregierung fehle es an einer langfristig angelegten Strategie für den Wald, die gleichermaßen der Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes gerecht werde. Das Konzept der SPD-Fraktion hingegen berücksichtige die soziale Funktion, die ökologische Funktion und die Waldwirtschaft. Maßnahmen für einen zukunftsweisen Wald bräuchten dem Konzept zufolge ein Zusammenwirken der Bundes-, Landes- und Europaebene. ■



SCHULGELDFREIHEIT FÜR HEILBERUFE

EINSATZ DER SPD-FRAKTION ZAHLT SICH ENDLICH AUS

Dass die Koalition in Hessen endlich Einsicht zeigt und unsere Forderung umsetzt, ist der gemeinsame Erfolg von allen, die mit uns hartnäckig für die Schulgeldfreiheit gekämpft haben“, freute sich Dr. Daniela Sommer anlässlich der beschlossenen Abschaffung des Schulgelds für die Heil- und Gesundheitsberufe. Erst im September des vergangenen Jahres hatten CDU und Grüne die Schulgeldfreiheit noch abgelehnt, umso überraschender die jetzige Kehrtwende der Landesregierung, so Sommer. Die gesundheits- und pflegepolitische Sprecherin erinnerte daran, dass die Azubis und Schulen lange warten mussten: „Hessen hat die Verantwortlichkeit zu lange auf die Kassen und den Bund abge-



FOTO: MARTINA HAUS-DAVID

Überraschende Kehrtwende der Landesregierung freut nicht nur SPD-Fraktion, sondern auch Azubis.

schohen und wichtige Zukunftsaufgaben verschlafen. Jetzt wird ein zentraler Nachteil der Ausbildung der Heilmittel- bzw. Gesundheitsberufe endlich korrigiert.“ Der gemeinsame Kampf von SPD, dem Deutschen Verband für Physiotherapie, Landesverband Hessen e.V., dem Bundesverband für Ergotherapeuten in Deutschland BED e.V., dem VdK, den Schulen und vielen Auszubildenden zahle sich nun aus. Damit sei ein erster Schritt getan. Darüber hinaus brauche Hessen eine Ausbildungs-offensive und ein Monitoring sowie insgesamt eine Anhebung von Kassensätzen und Behandlungszeiten, damit die wichtigen Therapien bei den Menschen, die sie dringend benötigen, auch bedarfsgerecht ankommen. ■

ZUKUNFT DER MOBILITÄT

SPD-FRAKTION ARBEITET AN NEUEN WEGEN ZUR FINANZIERUNG DES ÖPNV

Die SPD-Fraktion will den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) als echte Alternative zum PKW in Stadt und Land vortreiben. Dazu fand Ende Januar eine erste Diskussionsveranstaltung „Zukunft der Mobilität“ mit Prof. Knut Ringat, dem Sprecher der Geschäftsführung des Rhein-Main-Verkehrsverbundes, Prof. Carsten Sommer von der Universität Kassel, Sören Bartol, dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, sowie Nancy Faeser und Tobias Eckert im Hessischen Landtag statt. An erster Stelle stehe die Schaffung und Ausweitung eines attraktiven Angebots. „Wer den Ausbau des ÖPNV will, muss sich klar sein, dass dies mit deutlichen Kostensteigerungen einhergehen wird. Diese Kostensteigerungen dürfen nicht zulasten der Verbraucherpreise im öffentlichen Verkehr gehen“, so die Meinung der SPD. Zwei weitere Veranstaltungen – vor der Sommerpause in Kassel und im Herbst in Darmstadt – sollen dazu dienen, über neue Wege der Finanzierung des ÖPNV zu diskutieren und an einem stimmigen Konzept für eine solidarische Verkehrswende entsprechend zu vorliegenden Parteitagebeschlüssen der hessischen SPD zu arbeiten.

Sogar bei der schwarz-grünen Landesregierung hatte sich zuletzt mit der Einsetzung einer Enquete-Kommission zum Thema Verkehr ein beachtliches Umdenken gezeigt. „Ich bin sehr zufrieden damit, dass CDU und Grüne schließlich doch die Notwendigkeit einer Enquete-Kommission ‚Verkehr‘ erkannt haben“, erklärte dazu die Fraktionsvorsitzende



FOTO: SPD-FRAKTION

Die SPD-Fraktion startet eine dreiteilige Veranstaltungsreihe zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs.

Nancy Faeser. Der schwarz-grüne Erkenntniszuwachs komme überraschend, denn insbesondere der Fraktionsvorsitzende der Grünen habe in der vergangenen Plenardebatte noch vehement den

Standpunkt vertreten, dass eine Enquete überflüssig sei, weil dank des segensreichen Schaffens der Landesregierung in Hessen beim Thema Verkehr doch alles zum Besten stehe. ■



28. Februar 2020 | 17 Uhr | Hessischer Landtag
After Work mit Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Dr. Franziska Giffey

SPD WILL HAUSÄRZTLICHE VERSORGUNG IN HESSEN SICHERSTELLEN

LANDTAGSFRAKTION BRINGT GESETZENTWURF EIN

Die Gewährleistung einer wohnortnahen hausärztlichen Versorgung der Menschen in ländlichen Regionen Hessens ist vielerorts nicht mehr selbstverständlich. Um dieser Tendenz entgegenzuwirken, hat die SPD-Fraktion einen Gesetzentwurf zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung in Hessen in den Landtag eingebracht. „Wir wollen, dass die schwarz-grüne Landesregierung Verantwortung übernimmt und sich nicht immer wieder mit Hinweis auf die Zuständigkeit der Kreise, Städte und Gemeinden herausredet. Für uns ist die Gesundheitsversorgung öffentliche Daseinsvorsorge und liegt damit in der Verantwortung der Landesregierung“, erklärte dazu die gesundheitspolitische Sprecherin Dr. Daniela Sommer. Der demografische Wandel, die Zunahme chronischer Erkrankungen, der Fachkräftemangel im medizinischen und pflegerischen Bereich stelle das Flächenland Hessen vor große Herausforderungen. „Insbesondere die Nachbesetzung von Hausarztsitzen in ländlichen

Regionen wird immer schwieriger. Deshalb sind wir der Ansicht, dass die Politik hier dringend handeln und Maßnahmen ergreifen muss, die jungen, an einer Landarztstätigkeit interessierten Menschen die Möglichkeit eines Studiums der Medizin eröffnen und sie dann auch tatsächlich für eine Tätigkeit im ländlichen Raum

gewinnen“, erklärte Sommer das Gesetzesvorhaben der SPD. Eine Maßnahme stelle die sogenannte Landarztquote dar. „Für die Einräumung eines Studienplatzes gehen dabei die Bewerberinnen und Bewerber die Verpflichtung ein, sich nach Abschluss ihres Studiums in der Fachrichtung Allgemeinmedizin weiterzubilden und nach Erlangen ihres Facharztstitels



Auch wenn die ambulante ärztliche Versorgung in Hessen derzeit sichergestellt ist, steigt die Zahl freier Hausarztsitze vor allem in ländlichen Gebieten.

eine hausärztliche Tätigkeit in einem unterversorgten Gebiet für einen Zeitraum von zehn Jahren aufzunehmen“, erläuterte Sommer weiter. Für die Landarztquote will die SPD ein Kontingent von 10 % aller in Hessen zur Verfügung stehenden Medizinstudienplätze vorab für interessierte Studienbewerberinnen und -bewerber reservieren. ■



Heinz Lotz, MdB

HESSEN UND DER WOLF

Mindestens fünf Jahre könnte man beim Thema „Wolf“ weiter sein, so die Meinung des forst- und jagdpolitischen Sprechers Heinz Lotz. „Mit ihrer Arbeitsverweigerung beim Thema „Wolf“ hat es Umweltministerin Hinz geschafft, Unfrieden und Verunsicherung bei allen Beteiligten zu schüren – bei den Weidetierhaltern, bei den Naturschützern und bei den Jägern“, führte er aus. Diese Untätigkeit des Ministeriums schade außerdem dem Wolf. Der aktuelle Wolfsmanagementplan gehe völlig am Thema vorbei. Zudem sei anders als angekündigt keine einzige neue Erkenntnis in den vergangenen Jahren in den Plan eingeflossen. Umweltministerin Hinz habe den Wolf „verpennt“. Nun, wo der Kettel brenne, räche sich diese Untätigkeit, da sie nicht vorbereitet und nicht in der Lage sei, einen Kompromiss mit den Weidetierhaltern zu erarbeiten. Ein Wolfsmanagementplan, der diesen Namen auch verdiene, müsse alle Interessen berücksichtigen und schützen. „Nun erfahren wir schmerzhaft, dass es einen solchen Plan in Hessen nicht gibt“, sagte Heinz Lotz. ■

DUMPINGLÖHNE UND SOZIALE AUSBEUTUNG AUF HESSENS BAUSTELLEN VERHINDERN

SPD-FRAKTION LEGT GESETZENTWURF FÜR EIN NEUES VERGABE- UND TARIFTREUEGESETZ VOR

Seit mehreren Jahren setzt sich die hessische SPD-Fraktion für ein neues Vergabe- und Tariftreuegesetz in Hessen ein. „Das alte Gesetz über die Vergabe öffentlicher Aufträge ist alles andere als nachhaltig. Es verhindert nicht, dass beim Wettbewerb um öffentliche Aufträge die Konkurrenz durch Absenkung von Tarif- und Sozialstandards vom Markt gedrängt wird. Das kann so nicht bleiben“, stellte Elke Barth den Gesetzentwurf zu Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairem Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in Hessen der SPD-Landtagsfraktion vor. „Bei öffentlichen Aufträgen sollten allein jene Unternehmen berücksichtigt werden, die ihre Mitarbeiter anständig bezahlen. Das steht zwar so auch im alten Vergabe- und Tariftreuegesetz, aber in der Realität schufteten auf den öffentlichen Baustellen im Land immer noch viele Leute für Dumpinglöhne“, sagte Barth. Dem wolle die SPD-Fraktion mit einem neuen Gesetzentwurf nun endlich ein Ende setzen. Der Gesetzentwurf soll außerdem die Interessen der öffentlichen Auftraggeber, soziale und ökologische Interessen und die Belange der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Wirtschaft in ausgewogenen Verhältnis bringen. „Wir wollen den Wettbewerb um die wirtschaftlich beste

Leistung über Qualität und Innovation fördern und nicht länger jene unterstützen, die durch die Absenkung von sozialen Standards Mitbewerber vom Markt drängen“, so Barth. Außerdem solle die Rechtssicherheit für die Vergabestellen gestärkt und dadurch sollen schnellere Entscheidungen ermöglicht werden. Deshalb definiere das Gesetz auch, wie im Vergabeverfahren die Anforderungen an die Vergabe öffentlicher Aufträge zu handhaben sind. „Mit diesem Gesetz können wir Wettbewerbsverzerrungen entgegenreten“, freute sich Barth über den geglückten



Seit längerem fordert die hessische SPD-Fraktion ein schärferes Vergabe- und Tariftreuegesetz und legt dazu nun einen eigenen Entwurf vor.

Vorstoß ihrer Fraktion. Bereits im Jahr 2015 hatte die SPD einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt, der sich wesentlich von dem der Regierung unterschieden hat. So forderte die SPD schon damals eine eigene Prüfbehörde, die verdachtsunabhängige Stichprobenkontrollen vorsah. Diesen Punkt hat die SPD in ihrem jetzigen Gesetzentwurf noch einmal konkretisiert und zwar sollen Prüfbehörden auf Ebene der drei Regierungspräsidien angesiedelt werden. „Die jetzigen Prüfmechanismen reichen nicht aus; es muss endlich mehr und vor allem verdachtsunabhängig kontrolliert werden, denn das beste Gesetz nützt nichts, wenn es nicht kontrolliert werde“, so Elke Barth. Als weiteren Punkt will die SPD eine Begrenzung der Subunternehmerketten auf höchstens drei Stufen. „Diese Konstrukte dienen in erster Linie der Verschleierung. Häufig enden lange Subunternehmerketten im osteuropäischen Ausland, wo eine Verfolgung durch deutsche Behörden kaum möglich ist“, erläutert Barth. Des Weiteren habe die SPD die Einhaltung der neuen europäischen Entsenderichtlinie, die „gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ ab dem ersten Tag vorsehe, in das Gesetz sowie einen vergabespezifischen Landesmindestlohn in Höhe der untersten Tarifgruppe des TV Hessens eingebaut. ■

FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

FOTO: ©MARCO2811 - STOCK.ADOBE.COM

BLASSES KABINETT OHNE ZUKUNFTSIDEEN

EIN JAHR SCHWARZ-GRÜNE LANDESREGIERUNG IM AMT

Ein Jahr ist die Neuauflage der schwarz-grünen Landesregierung im Amt. Wie ihre Erstaufgabe zeige auch sie wenig Ideen für die Zukunft Hessens – bleibe blass und mausgrau, bilanzierten dazu die Fraktionsvorsitzende Nancy Faeser und der Parlamentarische Geschäftsführer Günter Rudolph. „Die Landesregierung zerlegt alle großen Fragen unserer Zeit in kleinteilige Verwaltungsvorgänge. Es gibt auf keinem Hand-

lungsfeld eine erkennbare Strategie, gar nicht von einem übergeordneten Plan für das Hessen der Zukunft zu reden. der Zukunft. Stattdessen verliert sich die Regierungsarbeit in einem lustlosen Kleinklein, das über den Tag hinaus keine Wirkung zeigt“, kritisierte Nancy Faeser. Ob beim Verkehr auf Straße und Schiene oder der Energiewende, ob beim Wohnen oder bei den Kommunal финанzen, ob bei der Wirtschaftsförderung oder beim Umgang

mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern – bei allen Themen, die das Leben der Menschen wirklich beeinflussten, drückten sich die Landesregierung und die Koalitionsparteien um strategische Weichenstellungen. „Diese Zukunftsverweigerung treibt mich in die Verzweiflung“, sagte Faeser, „denn sie wird dem Potenzial, das Hessen eigentlich hat, absolut nicht gerecht.“ Ihre Mut- und Ideenlosigkeit versuche die Landesregierung mit groß angelegten Werbekampagnen und kurzlebigen PR-Aktionen zu übertünchen, so Nancy Faeser. Rudolph warf Innenminister Beuth insbesondere in Bezug auf die rechtsextreme Szene in Hessen erschreckende Ignoranz und Tatenlosigkeit vor. „Angesichts der jüngsten Ereignisse und Entwicklungen, einer deutlich spürbaren Zunahme der Bedrohungen von ehrenamtlich tätigen Menschen, von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern und von Einsatzkräften, wünschen wir uns einen Innenminister, der die Bedrohungslage ernst nimmt. Wir stellen uns die Frage: Was macht Herr Beuth eigentlich? Die kaltblütige Ermordung des ehemaligen Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke hat uns vor Augen geführt, wie schnell aus Worten Taten werden. Die Gefahr von rechts wurde von der Landesregierung jahrelang massiv unterschätzt“, kritisierte Günter Rudolph. ■



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

Nancy Faeser und Günter Rudolph stellen schlechtes Zeugnis für schwarz-grüne Landesregierung aus.

BEDEUTUNGSVERLUST HESSENS

LANDESREGIERUNG MITVERANTWORTLICH FÜR WEGGANG DER IAA AUS HESSEN

Dass die Nachfolgeveranstaltung der Internationalen Automobilausstellung IAA 2021 nicht in Frankfurt stattfinden wird, haben die SPD-Fraktionsvorsitzende Nancy Faeser und der verkehrspolitische Sprecher Tobias Eckert mit Bedauern zur Kenntnis genommen. „Es hätte nach meiner Überzeugung durchaus die Möglichkeit gegeben, die Messe an ihrem traditionellen Ort zu einem Schaufenster für moderne Mobilität weiterzuentwickeln“, erklärte Faeser. „Dass der Automobilverband die alte Verbundenheit zur Messe Frankfurt aufkündigt, ist kein gutes Zeichen. Denn der VDA dokumentiert damit, dass Hessen insgesamt an Bedeutung für die Automobilindustrie verliert.“ Dafür trage die schwarz-grüne Landesregierung eine Mitverantwortung, die auf den Umbruch in der Automobilbranche erkennbar nicht vorbereitet sei. „Technologischer Wandel muss mit vorausschauenden industriepolitischen Kon-

zepten begleitet werden – und daran fehlt es der Landesregierung. Wichtig wäre es, in Hessen ein Umfeld zu schaffen, das aus

neuen Ideen für die Mobilität von morgen neue Industrien mit neuen Arbeitsplätzen entstehen lässt“, sagte die Fraktionsvorsitzende. „Wir sollten uns jetzt bemühen, die Gamescom als die größte Computerspielmesse nach Frankfurt zu holen“, ergänzte Tobias Eckert. Die Entscheidung des VDA sollte außerdem ein Weckruf für die Landesregierung sein, sich bei den Themen Automobilindustrie und Zukunft der Mobilität endlich stärker zu positionieren. ■



FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

Nancy Faeser und Tobias Eckert bedauern den Weggang der IAA aus Frankfurt.



Wolfgang Decker, MdB

FOTO: ANGELIKA ASCHENBACH - SPD-LANDTAGSFRAKTION

SPD-FRAKTION BRINGT GESETZENTWURF ZUM MINDESTLOHN EIN

Mit dem Gesetzentwurf zur Einführung eines hessischen Mindestlohns von 13 Euro hat die SPD-Fraktion einen ersten Schritt in Richtung faire Entlohnung gemacht. Die Initiative, einen tariflich geltenden Mindestlohn von 13 Euro pro Stunde für mittelbar und unmittelbar beim Land Beschäftigte einzuführen, ging von der Fraktions- und Landesvorsitzenden Nancy Faeser aus. „Auch für den Landesdienst muss der Grundsatz gelten: Wer Vollzeit arbeitet, muss von seinem Lohn leben können und einen Rentenanspruch über der Grundsicherung haben“, erklärte der arbeitsmarktpolitische Sprecher Wolfgang Decker in der Plenardebatte. Er forderte den Landtag auf, diesen Schritt mitzugehen. Denn das Land könne in seinem Einflussbereich einiges dazu beitragen. Nun zeige sich, ob Schwarz-Grün bereit sei, mehr soziale Verantwortung zu übernehmen. Decker verwies darauf, dass die Forderung der SPD die nachdrückliche Unterstützung der Gewerkschaftsseite finde. ■

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und SPD-Landesverband Hessen

Redaktion:
Christoph Gehring (verantwortlich)
Dr. Wilfried Lamparter
Gerfried Zluga
Isabel Neumann
Martina Häusl-David

Anschrift:
Schlossplatz 1–3
65183 Wiesbaden